Abgeordnete: Olaf Claus wittert Verschwörung

Boltenhagens Bürgermeister hat vor Gericht beantragt, die Verordnung zur Amtsaufgabe außer Kraft zu setzen.

Von Kerstin Schröder

Boltenhagen – Zum 1. Juli sollen nach Willen des Innenministers Lorenz Caffier (CDU) die Verwaltungen des Ostseebades Boltenhagen und des Amtes Klützer Winkel fusionieren. Zwar läuft ein Normenkontrollverfahren, um die Anordnung auf ihre Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen, doch parallel dazu gibt es Verhandlungen zwischen beiden Verwaltungen – so wie in dieser Woche.

Wie Bürgermeister Olaf Claus (parteilos) informiert, könne das in Boltenhagen geplante Bürgerbüro nicht in die Schule einziehen, da die aus Sicherheitsgründen tagsüber verschlossen ist. Ein anderer Ort müsse gefunden werden. „Die Personalkosten für das Büro übernimmt das Amt, die Sachkosten die Gemeinde", so Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg (CDU). Es würden alle Mitarbeiter und deren Dienstjahre übernommen. Und der Amtsvorsteher habe versichert, alle Mitarbeiter vernünftig unterzubringen, so Schmiedeberg.

Wolfgang Seidel (BfB) moniert in der Diskussion um die bevorstehende Verwaltungsfusion, dass neun Gemeindevertreter ein Schreiben an das Oberverwaltungsgericht Greifswald geschickt haben. Ihr Brief bezieht sich auf einen Antrag des Bürgermeisters, die Anordnung des Innenministers vorläufig außer Kraft zu setzen. Das kritisieren die Gemeindevertreter nicht, jedoch die Begründung. In der heißt es, dass insbesondere zwei Vertreter der CDU-Fraktion ihre Kontakte genutzt hätten, um den Bürgermeister zu entmachten und dafür sogar den Verlust der Amtsfreiheit in Kauf nehmen. Gegen diesen Vorwurf haben sich neun von insgesamt 13 Gemeindevertreter gewehrt. In ihrem Schreiben heißt es: „Die falsche Darstellung verdeutlicht, wie durch den Bürgermeister eine Verschwörungstheorie aufgebaut werden soll, um möglicherweise von tatsächlichen Problemen innerhalb der Verwaltung abzulenken". Sie verweisen auf unabhängige Prüfungsberichte und darauf, dass die Beschlüsse immer mit sehr großer Mehrheit über die Fraktionsgrenzen hinaus erfolgten. „Wir haben unser Schreiben auch nicht verheimlicht, sondern an den Bürgermeister weitergeleitet", so Schmiedeberg.

> „Die Begründung von Olaf Claus ist nicht sachlich, sondern eine Provokation."
> **Christian Schmiedeberg (CDU)**

Tritt die Verordnung am 1. Juli in Kraft, wird innerhalb von vier Monaten ein ehrenamtlicher Bürgermeister gewählt. „Am 4. September finden Wahlen für Kreis- und Landtag statt, den Termin könnten wir nutzen, um Kosten zu sparen", schlägt Olaf Claus vor. Er kann nur kandidieren, wenn ihm das Amt Klützer Winkel keine Arbeit anbietet und mit vollen Bezügen in einstweiligen Ruhestand schickt. Claus möchte aber kandidieren, was er dem Gericht ebenfalls mitteilte. Personalentscheidungen kann der Verwaltungschef zurzeit nicht mehr treffen, die Hoheit liegt für den Zeitraum der Verhandlungen mit dem Amt Klützer Winkel wieder bei der Gemeindevertretung, um kurzfristige Einstellungen und Höhergruppierungen zu vermeiden und damit zusätzliche Kosten.

IN KÜRZE

Sager neuer Stellvertreter


Ulrich Sager (FDP).

Boltenhagen – Da Detlef Rödiger (WGB) sein Mandat als Gemeindevertreter niedergelegt hat, musste ein neuer zweiter Stellvertreter des Boltenhagener Gemeindevorstehers Christian Schmiedeberg (CDU) gewählt werden. Künftig wird dieses Amt Ulrich Sager (FDP) ausüben. Er ist von den Gemeindevertretern mehrheitlich am Donnerstag gewählt worden. Zuvor hatte Wolfgang Seidel erklärt, dass es naheliegend sei, dass das BfB als zweitstärkste Fraktion das Amt besetzen sollte, doch keiner der BfB-Gemeindevertreter wolle die Aufgabe übernehmen. Deshalb schlug er den abwesenden Thomas Nohr (WGB) vor. Beide, sowohl Nohr als auch Sager, sind in der Fraktion WGB/FDP. Sager bekam sieben Stimmen, Nohr drei. *ks*